
Dokumentation II

Verhandlungen und Beschlüsse des 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses*

Themenbereich:
Frieden/Abrüstung

Aus den mündlichen Ergänzungen
zum Geschäftsbericht

Heinz Oskar Vetter, Vorsitzender des Kongresses: Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine der bedeutendsten, der größten Leistungen der sozialliberalen Bundesregierung stellt zweifellos ihr entschlossenes Eintreten für die Entspannungspolitik und ihr konsequentes Festhalten an einer Politik des Ausgleichs und der Verständigung dar. Diese Politik hat, wenn man genau durch die Oberflächlichkeit der Tagesereignisse hindurchblickt, den Frieden in Europa sicherer gemacht. Sie hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten gefördert, und sie hat einige Erleichterungen für die Menschen gebracht. Trotz mancher Enttäuschung muß die Politik der Verständigung und des Ausgleichs weitergeführt werden; denn zur Friedens- und Entspannungspolitik gibt es einfach keine Alternative! *(Beifall)*

Wie gefährdet der Frieden in der Welt ist, zeigen uns die absurden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Großbritannien und Argentinien um die Falkland-Inseln. Nicht allein der Ost-West-Konflikt birgt ein ungeheures Spannungspotential, das sich dann irgendwann zu einem Weltbrand entfachen könnte; die zunehmende Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungslän-

dem stellt ein wachsendes Risiko für den Weltfrieden dar.

Angesichts der weltweit angehäuften Waffenpotentiale kann sich die Menschheit eine Politik der Konfrontation und der Stärke nicht mehr leisten. Was not tut, ist eine weltweite Initiative für Frieden und Entspannung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. *(Beifall)*

Das haben wir in unserem Appell vom letzten Antikriegstag zum Ausdruck gebracht. Die wachsende Friedensbewegung im Westen wie im Osten ist doch eine eindringliche Mahnung an die Regierenden in der Welt, dem Irrsinn des Wettrüstens ein Ende zu bereiten. *(Beifall)*

Aus der Diskussion über die Geschäftsberichte

Georg Benz, IG Metall: Wir verstehen uns als ein Teil der Friedensbewegung im weitesten und überzeugendsten Sinne dieses Wortes. Die Geschichte unserer Arbeiterbewegung gibt uns das Recht und auch den Stolz, das überall sichtbar zu machen. Wir sind die ersten, die die existentielle Aufgabe der Friedenssicherung erkennen müssen und die auch entsprechend handeln müssen. Das bedeutet, daß wir unsere Positionen in der Öffentlichkeit verstärkt deutlich machen

* Der Wortlaut dieser Auszüge aus den mündlichen Ergänzungen zum Geschäftsbericht, aus den Diskussionen dazu sowie aus der Antragsberatung folgt den Tagesprotokollen, die bereits während des Kongresses zur Verfügung gestellt wurden.

müssen. Die Unterschriftenaktion des DGB „Frieden durch Abrüstung“ und der hervorragende Text, der unsere Position global bestimmt, waren dazu ein erster Schritt. Wir haben auf diesem Wege weiterzugehen.

Detlef Hensche, IG Druck und Papier: Wer Arbeitslosigkeit überwinden will mit Hilfe eines staatlichen Beschäftigungsprogramms, der kommt nicht darum herum, viel stärker als in der Vergangenheit zu sehen, daß die finanziellen Mittel für ein Beschäftigungsprogramm vornehmlich dort geholt werden müssen, wo sie zur Zeit sinnlos verpulvert werden, nämlich im Rüstungshaushalt. *(Beifall)*

Aus der Antragsberatung

Eugen Loderer, IG Metall: Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens in der Welt ist und bleibt eine zentrale Forderung aller Arbeitnehmer. Unsere Internationalen haben diese zentrale Bedeutung im vergangenen Jahr wiederholt gewürdigt. Die deutschen Gewerkschaften haben diese Diskussion durch ihre ganze Geschichte hindurch geführt. Wir alle wissen, wie zweifelhaft der Begriff des Gleichgewichtes in einer Zeit geworden ist, in der die Großmächte sich und die ganze Welt zermalmen können, und in der auf jeden Bewohner unseres Planeten in theoretischer Rechnung beinahe zehn Zentner Sprengstoff entfallen.

Genauso wissen wir aber auch, daß einseitige Ohnmacht nicht allein schon Stabilität schafft. Es muß uns darum gehen, ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu erreichen, das den Krieg nicht wahrscheinlicher macht, das die Vernichtung der gesamten Menschheit nicht von kleinen Irrtümern abhängig macht. *(Beifall)*

Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, mehr Sicherheit bei immer mehr Waffen zu suchen. Hier helfen eben nur Verhandlungen. Dies gilt natürlich zunächst einmal für die laufenden Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenpotential. Wohl kaum ein Thema, Kolleginnen und Kollegen, hat in den vergangenen Jahren mehr Aufmerksamkeit gefunden als gerade diese bewußten Mittelstreckenraketen.

Wir haben inzwischen ausreichend Erfahrung zu unterscheiden zwischen denen, die an ernsthafte konstruktive Politik in Richtung auf Entspannung und Abrüstung interessiert sind, und denen, die Waffen und Raketen sogar bejubeln, wenn sie nur in den ihnen genehmen Händen sind.

Die IG Metall hat auf ihrem Kongreß beschlossen, und das trage ich hier vor, die Sowjetunion aufzufordern, die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa einzustellen und die bereits stationierten abzubauen. Sie hat gleichzeitig den Beschluß des NATO-Rates verurteilt, Westeuropa mit Mittelstreckenraketen zu bestücken.

[...]

Aber laßt mich abschließend noch zwei Bemerkungen zur Friedensbewegung in diesem Lande machen. Die Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ hat - das ist unbestreitbar - ihre Anziehungskraft vor allem auf junge Menschen nicht verfehlt.

Das liegt daran, daß Utopien einfach eingehen und auch begeistern können. Sie bringen uns einer Lösung der aktuellen Probleme jedoch nicht näher, denn Utopien halten den Realitäten eben nicht stand.

Genauso wenig können wir uns aber denjenigen anschließen, die unter dem

Slogan „Der Frieden muß bewaffnet sein“ auf jenes Gleichgewicht des Schreckens setzen, das die Politiker zu willfährigen Erfüllungsgehilfen von Militärs und Rüstungskonzernen zu machen droht. (*Beifall*)

Herbert Zöller, IG Metall: Wenn höhere Profite, Kolleginnen und Kollegen, durch Ausweitung der Rüstungsproduktion das Interesse der Unternehmer sind, dann müssen wir klarmachen, daß unser Interesse darin besteht, den Frieden aufrechtzuerhalten und alles in unseren Kräften Mögliche zu tun, daß der Prozeß der Entspannung vorangetrieben wird.

Um dies zu erreichen, ist die Bestückung von Europa mit Mittelstreckenraketen kein geeignetes Mittel. Es muß deutlich herausgestellt werden: egal, ob Pershing oder SS-20 - wir fühlen uns von allen Raketen in unserem Frieden bedroht.

Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag 1**, der von der Antragsberatungskommission zur Annahme empfohlen wird, ist mir eigentlich zu wachsw weich, um unsere Forderungen deutlich zu machen. In ihm fehlt klar der Auftrag zum Handeln. In ihm fehlt die Forderung nach eigenen Aktivitäten.

Karl Hauenschild, IG Chemie-Papier-Keramik: Ich halte den Antrag, den der Bundesvorstand vorlegt, für umfassend und ausgewogen. Was in diesem Antrag gesagt wird, kann jedes Gewerkschaftsmitglied unterschreiben.

Ich hielte es etwas für eine Selbstüberschätzung, wenn wir hier glaubten, eine Entscheidung, die dieser Kongreß zu diesem Thema - nicht zu den anderen Themen wie Arbeitsmarkt- oder Wirtschaftspolitik - trifft, nämlich zum

Sachverhalt NATO-Doppelbeschluß oder Neutronen-Bombe, könnte größeres Gewicht haben und könnte in der Weltpolitik mehr bewirken als etwa die Entscheidung, die der SPD-Parteitag vor noch nicht ganz vier Wochen nach langer, ausführlicher Diskussion und mit sehr großer Mehrheit getroffen hat.

Hier sehe ich ganz grundsätzlich das Problem: Wieso sind wir eigentlich in dieser Frage, die ja nicht eine spezifisch gewerkschaftliche Frage, sondern eine Frage ist, die alle Staatsbürger betrifft, mit einer höheren Legitimation oder sogar mit höherem Sachverstand ausgestattet? Wenn wir hier anfangen würden, Raketen zu zählen, sähe das so aus, als wären wir die Delegierten des SPD-Parteitages und als die frei gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

Jeder von uns, Kolleginnen und Kollegen, hat eine persönliche Meinung zum NATO-Doppelbeschluß, der eine pro, der andere kontra. Und keiner von uns kennt aber auch nur halbwegs die Meinung der Mitglieder oder kann zuverlässig sagen, was, wenn er die Mitglieder hätte fragen können, die er vertritt, diese ihn mit einer Mehrheit für pro oder kontra ausgestattet haben, das weiß kein Mensch von uns.

[...]

Nun noch etwas: Wir haben vor einem guten Jahr im DGB-Grundsatzprogramm das zum Thema Frieden, Entspannung und Abrüstung gesagt, was wir mit gutem Gewissen im Namen der überwältigenden Mehrheit unserer Mitglieder sagen können.

** Der Text dieses Antrags findet sich auf den Seiten 524/25 dieses Heftes.

Theo Beez, IG Metall: Ich bin nicht nach Berlin gekommen, um hier, weil die SPD in München etwas anderes beschlossen hat als meine Gewerkschaft auf ihrem Gewerkschaftstag in Berlin getan hat, jetzt so zu tun, als wären unsere Beschlüsse, die Auftrag für unser Handeln sind, jetzt nicht mehr in Ordnung. Es gibt außer der IG Metall noch die Gewerkschaft Druck und Papier und die Gewerkschaft HBV. Diese drei Gewerkschaften haben sehr konkret das auf ihren Gewerkschaftstagen beschlossen, was hier von Eugen Loderer vorgetragen wurde.

Ich bitte, auch mal darüber nachzudenken. Auch die Gewerkschaft ÖTV hat gefordert, daß die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Ost und West vorrangiges Ziel ist. Das gleiche steht in dem Antrag der IG Metall auch. Aber konkret festgemacht an dem NATO-Nachrüstungsbeschluß.

[...]

Ein Kollege vorher hat gesagt, ja, aber ich bin in erster Linie mir selbst gegenüber verantwortlich. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns auch vielleicht mal zu einem späteren Zeitpunkt fragen lassen, was die Gewerkschaften eigentlich in der Frage für Positionen bezogen haben.

[...]

Und vielleicht wäre es auch ganz gut, wenn man mal darüber nachdenkt, daß es doch nicht nur die Gewerkschaften — einige der Gewerkschaften oder die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder; aber noch nicht alle, die Verantwortung in den Gewerkschaften tragen — sind, die zur Zeit erkannt haben, was sich eigentlich weltweit in der Frage von Entspannung und Abrüstung abspielt. Wenn wir hier unsere Position in der Form deutlich machen, dann tragen wir

sicherlich ein ganzes Stück mit dazu bei, daß auch die Diskussion in Genf ernsthaft einen Schritt weiterkommt. Wenn wir als deutsche Gewerkschaften und als DGB der Auffassung sind, daß wir -nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch darüber hinaus — ernstgenommen werden, dann steht es diesem Kongreß auch sehr gut an, dies deutlich im Antrag Nr. 2*** zu formulieren. Schönen Dank!

Berthold Keller, Gewerkschaft Textil-Bekleidung: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Diskussion gestern und auch heute wurde immer wieder angesprochen, daß die Mitglieder — auch ganz besonders unsere Jugend - erwarten, daß wir nicht um die Dinge herumreden, sondern auch zu kritischen Fragen Stellung beziehen und klar sagen, um was es eigentlich geht.

Ich habe im Bundesvorstand für diesen Antrag Nr. 1 gestimmt. Und ich bekenne mich auch hier dazu. Eugen Loderer hat im Bundesvorstand klar angekündigt, daß er gegen diesen Antrag sprechen wird. Das entspricht seiner aufrechten Art, die ich schätze.

Kolleginnen und Kollegen, ich meine, der Antrag des Bundesvorstandes gibt jedem Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften Gelegenheit, so energisch und wirkungsvoll wie er beziehungsweise sie will, für Frieden und gegen Rüstung -und damit für Abrüstung — zu kämpfen. *(Beifall)*

[...]

Wenn wir aufrichtig sein wollen, Kolleginnen und Kollegen, dann dürfen wir hier nicht einfach so diskutieren, als ob

*** Der Text dieses Antrags findet sich auf den Seiten 525/26 dieses Heftes.

dieser NATO-Beschluß, der hier der Stein des Anstoßes zu sein scheint, nur aus einem Teil besteht, sondern dann müssen wir ehrlich sagen, daß er aus zwei Teilen besteht.

Und darum wende ich mich gegen den Antrag der IG Metall. Denn dort wird wörtlich gefordert, daß der 12. Ordentliche Bundeskongreß den Beschluß des NATO-Rates verurteilen soll, der zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen führe.

Wenn wir, Kolleginnen und Kollegen, ernstgenommen werden wollen bei unseren Mitgliedern und auch in der breiten Öffentlichkeit, dann müssen wir so fair sein, diesen NATO-Beschluß korrekt wiederzugeben. Und wenn wir dann dagegen sein wollen, dann soll begründet werden, warum.

Detlef Hensche, Sprecher der Antragsberatungskommission: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Antragsberatungskommission hat lange beraten und empfiehlt Euch ohne Gegenstimme folgenden Beschluß: zum einen Annahme des Antrags 1 mit insgesamt vier Änderungen beziehungsweise Ergänzungen.

[...]

Punkt 2: Die folgenden Anträge 2 bis 11 ... werden dem Bundesvorstand als Material überwiesen.

Laßt mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, in zwei Punkten noch Erläuterungen hinzufügen: Punkt 1: Wenn Ihr den neuen, eingefügten Absatz nach den Spiegelstrichen Euch anschaut, dann findet Ihr den letzten Satz - ich darf ihn mal vorlesen: „Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.“ Dieses ist der entscheidende Kompromißvorschlag zum Thema NATO-Nachrüstungsbeschluß. Ich

möchte hier in aller Deutlichkeit nochmals in Erinnerung rufen: Es gibt Gewerkschaften und Gewerkschaftstage, die zum Thema Nachrüstungsbeschluß ihrerseits klare Patente verabschiedet haben gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß. Es gibt eine große Zahl von Gewerkschaften, die dieses nicht getan haben. Der nunmehr vorliegende Kompromißvorschlag enthält zum einen ein klares Votum gegen neue Mittelstreckenraketen, das heißt, auch gegen eine Nachrüstung. Er enthält dagegen nicht eine Festlegung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Frage, auf welchem Wege dieses erreicht werden soll. Um das nochmals mit anderen Worten zu erklären: Beschlossen ist das Votum gegen Rüstung, offen ist der Weg, ob etwa jetzt bereits der Einsatz und Kampf gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß aufgenommen beziehungsweise fortgesetzt werden soll, oder aber, ob die Verhandlungen in Genf abgewartet werden sollen.

[...]

2. Punkt: Der Rest der Anträge, also Nr. 2 bis Nr. 11, soll als Material überwiesen werden. Zum einen handelt es sich dabei um einige Anträge, die auch schon in der Diskussion einige Male hervorgehoben wurden, die den Auftrag an den DGB-Bundesvorstand, zur Sicherung der Entspannungspolitik Maßnahmen zu ergreifen, im einzelnen konkretisieren - da gibt es zum Teil ganze Maßnahmenkataloge -, zum anderen enthalten die folgenden Anträge Feststellungen, die nicht in sich widersprüchlich sind und die nach Meinung der Antragsberatungskommission dem Bundesvorstand für seine weitere Arbeit im Rahmen seines politischen Ermessens überwiesen werden sollen. Ich wiederhole die Empfehlung: Annahme des Antrages 1 mit den Euch vorliegenden Änderungen beziehungsweise Ergänzungen und Überweisung der Anträge 2 bis 11 als Material.

Angenommene Anträge

Antrag 1

Antragsteller: Bundesvorstand

Betr.: Entspannung, Abrüstung und Frieden in der Welt

Der 12. Ordentliche Bundeskongreß ist über die wachsenden Spannungen und zunehmenden Konfrontationen in der Welt zutiefst beunruhigt. Insbesondere der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, Militärdiktaturen und Bürgerkriege wie in Polen, in der Türkei und in El Salvador sowie militärische Konfrontationen im Nahen Osten haben der Politik der Entspannung in Europa und in der Welt schweren Schaden zugefügt.

Die Bedrohung des Friedens versetzt alle Menschen in große Sorge. Das anhaltende Wettrüsten sowie die von den beiden Weltmächten praktizierte Politik der Stärke und der Konfrontation sind ein wachsendes Risiko für den Weltfrieden und für das Überleben der Menschheit.

Die Erhaltung des Weltfriedens und die Achtung der Menschenrechte müssen vorrangiges Ziel aller Politik sein.

Die Erfahrungen unserer eigenen Geschichte und die geographische Lage weisen der Bundesrepublik Deutschland auch künftig die Aufgabe zu, einen besonderen Beitrag zur Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität zu leisten. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund gibt es keine Alternative zur Politik der Entspannung, Verständigung und Abrüstung. Deshalb sind alle gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte in unserem Land aufgefordert, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen.

Der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB fordert nachdrücklich die Fortsetzung einer Politik der Entspannung

und der allgemeinen, ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung. Als erste Schritte auf dem Wege einer solchen Friedensordnung bekräftigt der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB die bereits früher erhobenen Forderungen der Gewerkschaften:

- Keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern;
- sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung angestrebt werden muß;
- Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien;
- weitere konstruktive Beiträge der Bundesregierung bei allen derzeit aktuellen Abrüstungsverhandlungen.

Insbesondere fordern die deutschen Gewerkschaften mit Nachdruck, daß die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ernsthaft und zügig fortgesetzt werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben.

Der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB unterstreicht erneut nachdrücklich die Bedeutung der Beschlüsse der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) in Helsinki und ihrer Folgekonferenzen. Die Verhandlungen zwischen den Großmächten über die Begrenzung und Reduzierung des strategischen Atomwaffenpotentials (SALT) müssen wieder aufgenommen und fortgesetzt werden. Die deutschen Gewerkschaften erwarten, daß die internationalen Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen (MBFR) zu baldigen Ergebnissen führen. Sie müs-

sen durch Verhandlungen über die Beiseitigung von B- und C-Waffen ergänzt werden.

Der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB verurteilt die Tatsache, daß die Staaten dieser Welt, im Osten wie im Westen, in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern, nach wie vor unvorstellbare Summen für militärische Zwecke aufwenden. Die für Rüstungsausgaben verschwendeten Mittel werden dringend benötigt, um den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, insbesondere in den Entwicklungsländern, zu fördern. Der Bundeskongreß verlangt, daß die Industriestaaten in Ost und West ihrer politischen und moralischen Verpflichtungen nachkommen, ihren Einsatz für die Entwicklung der Dritten und Vierten Welt zu verstärken.

Die deutschen Gewerkschaften bekräftigen ihre ablehnende Haltung gegenüber Rüstungsexporten. Sie wiederholen ihre Forderung nach Einrichtung eines Abrüstungsamtes, das eine planvolle Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung ermöglichen soll.

Der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB unterstützt den systematischen Aufbau einer Konfliktforschung und Friedensplanung zur frühzeitigen Erkennung und Abwendung von Spannungen. Er fordert, daß die Friedenserziehung Thema des gesellschaftspolitischen Schulunterrichts wird. Die Gewerkschaften werden sich selbst umfassend bemühen, das Bewußtsein für eine aktive Friedenspolitik zu stärken, vor allem im Rahmen des traditionellen Anti-kriegstages. Der DGB wird auf allen Ebenen eigene Maßnahmen organisieren und weiterführen.

In Verfolgung dieser Ziele beauftragt der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB den Bundesvorstand, die

Bundesregierung, den Bundestag sowie alle demokratischen Parteien zu drängen, verstärkt eine Politik der Entspannung in Europa und in der Welt und der Sicherung des Friedens zu betreiben.

Antrag 2 (als Material angenommen)
Antragsteller: IG Metall
Betr.: Frieden, Entspannung, Abrüstung

Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß bekräftigt mit allem Nachdruck die grundlegende Aussage des Grundsatzprogramms 1981 des DGB: „Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften.“

Im Zusammenhang mit den wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Instabilitäten in allen Teilen der Welt, hat die Gefährdung des Friedens in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Konflikte werden immer häufiger mit militärischer Gewalt ausgetragen. Nach einem Jahrzehnt, in dem in vielen Bereichen die Konfrontation durch Kooperation abgelöst werden konnte, tritt jetzt wieder der Wille zum Verhandeln hinter das Streben nach militärischer Überlegenheit zurück. Die Spannungen erhöhen sich durch rasch zunehmende Waffenpotentiale in vielen Ländern der Dritten Welt. Die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen den großen Militärblöcken wird dadurch vergrößert, daß neue Waffentechnologien und darauf aufbauende Militärstrategien begrenzte atomare Kriege möglich erscheinen lassen.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften verurteilen mit Entschiedenheit alle Bestrebungen, die die Gefahr der Massenvernichtung durch begrenzte Atomkriege heraufbeschwören.

Der 12. Ordentliche DGB-Bundeskongreß verurteilt den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen. Er fordert gleichzeitig die Sowjetunion auf, die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und die bereits stationierten abzubauen.

Der DGB-Kongreß begrüßt, daß Verhandlungen mit diesem Ziel inzwischen aufgenommen worden sind. Er appelliert an die Großmächte, alles zu tun, um ein Scheitern dieser Verhandlungen und damit eine weitere Beschleunigung des wahnsinnigen Rüstungswettlaufs zu verhindern.

Der DGB-Kongreß fordert die Bundesregierung auf, alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun, um zu einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen beizutragen. Der Weltfrieden wird nicht zuletzt durch die Aufrüstung der Dritten Welt gefährdet, wo schon lokale Krisenherde die Gefahr weltweiter Konflikte in sich bergen. Durch die ständig steigenden Rüstungsausgaben werden darüber hinaus Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, besonders der Dritten Welt, dringend erforderlich sind. Der DGB-Bundeskongreß wendet sich daher nach wie vor aus politischen und moralischen Gründen, aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen entschieden gegen alle Bestrebungen zur Lockerung von Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter.

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Vorstellungen erarbeitet, wie die Industrie von militärischer Produktion auf zivile Produktion umgestellt werden kann.

Der DGB-Kongreß ist sich bewußt, daß für die an der Nahtstelle von Bündnisystemen gelegene und exponierte

Bundesrepublik Deutschland — noch mehr als für andere Länder Mitteleuropas - die Perspektive des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung ganz besonderes Gewicht hat.

Allein ein dauerhafter Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung kann die Politik nachhaltig beeinflussen. Von Beginn ihrer Geschichte an haben sich die Gewerkschaften umfassend für diese Ziele eingesetzt.

Die Aufgaben unserer Zeit können nur durch eine solidarische Zusammenarbeit der Menschen, Völker und Staaten gelöst werden. Das Ziel ist eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft der freien und demokratischen Völker in Europa und ihre enge Verbundenheit mit den Völkern der Welt. Als erste Schritte auf dem Wege einer solchen Friedensordnung bekräftigt der 12. Ordentliche Bundeskongreß des DGB die bereits früher erhobenen Forderungen der Gewerkschaften:

- keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern;
- sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe, deren völkerrechtliche Ächtung angestrebt werden muß;
- Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien;
- einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung bei allen derzeit aktuellen Rüstungsverhandlungen.

Ziel bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Trotz aller ideologischer Gegensätze in der Welt gibt es hierzu keine Alternative. Die Delegierten des 12. Ordentlichen DGB-Kongresses fordern deshalb alle gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte in unserem Lande auf, Entspannungs- und Friedenspolitik zu betreiben.